

3. Festsetzung Steuerfuss für die Jahre 2022 und 2023

Antrag des Regierungsrates vom 26. August 2021 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 25. November 2021

Vorlage 5743a (*gemeinsame Behandlung mit Vorlage 5742b; Fortsetzung der Beratung*)

Ratspräsident Benno Scherrer: Hier liegt neben dem Mehrheitsantrag der FIKO (*Finanzkommission*) auf einen Steuerfuss von 99 Prozent ein Minderheitsantrag von Hannah Pfalzgraf und Mitunterzeichnenden auf einen Steuerfuss von 100 Prozent gemäss Antrag des Regierungsrates sowie ein im Kantonsrat eingereichter Einzelantrag von Hans-Peter Amrein auf einen Steuerfuss von 92 Prozent vor. Wir stellen alle diese drei Anträge im sogenannten Cupsystem einander gegenüber.

Tobias Langenegger (SP, Zürich), Präsident der Finanzkommission (FIKO): Wir haben es bald geschafft. Ich hoffe, ich störe Sie nicht zu fest beim Essen und wünsche Prost.

Zum Schluss der diesjährigen Debatte müssen wir nun noch über den Steuerfuss 2022 und 2023 entscheiden. Es ist der letzte, aber wohl auch der wichtigste Entscheid der diesjährigen Budget- und Steuerfuss-Debatte. Zusammen mit dem KEF (*Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan*) hat der Regierungsrat dem Kantonsrat mit der Vorlage 5743 den Antrag für die Festlegung des Steuerfusses für die Jahre 2022 und 2023 vorgelegt. Der Regierungsrat beantragt einen gleichbleibenden Steuerfuss von 100 Prozent der einfachen Staatssteuer und begründet dies wie folgt: Ab 2022 und 2023 belasten insbesondere die von den Stimmberechtigten angenommenen Änderungen des Zusatzleistungsgesetzes und des Strassengesetzes die Erfolgsrechnung mit insgesamt rund 250 Millionen Franken pro Jahr. Es drohen deshalb langfristige strukturelle Defizite. Hingegen bringt die höhere Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank (*SNB*) vor allem kurzfristige Entlastung. Der Regierungsrat beobachtet diese Entwicklung, insbesondere die Dauerhaftigkeit der Erträge, genau. Weiter führt der Regierungsrat aus, dass er mit einem Steuerfuss von 100 Prozent die Finanzierung der Staatsausgaben als gesichert anschaut und ferner der Handlungsspielraum für den Kanton – ich zitiere – «angesichts der Umstände gewahrt ist».

In der Finanzkommission wurde der Steuerfuss zusammen mit den Budgetanträgen diskutiert. Dabei interessierte die Kommission vom Regierungsrat unter anderem, wer wie von der Steuerfussenkung profitiert, und natürlich, wie hoch die finanziellen Konsequenzen einer Steuerfussenkung sind.

Eine Mehrheit der Finanzkommission beantragt eine Senkung des Steuerfusses auf 99 Prozent. Sie ist der Meinung, dass die finanzpolitischen Ziele des Kantons erreicht werden. Insbesondere der mittelfristige Ausgleich wird bei moderater Verschuldung eingehalten. Der Kanton Zürich soll also die finanziell robuste Ausgangslage nutzen, um seine Attraktivität relativ zu den umliegenden Kantonen zu erhalten und die Steuern für die Bürgerinnen und Bürger um 1 Prozent zu senken.

Eine Steuerfussreduktion von 1 Prozent bedeutet Ausfälle von 63,6 Millionen Franken pro Jahr. Da wir den Steuerfuss für mindestens zwei Jahre festlegen, würde der KEF also um 127,2 Millionen Franken verschlechtert.

Eine Minderheit unterstützt den Antrag des Regierungsrates, den Steuerfuss im Sinne einer nachhaltigen Finanzpolitik auf 100 Prozent zu belassen. Insbesondere sei unklar, wie sich die Ausgaben mit der Coronapandemie entwickeln werden. Gleichzeitig seien die Einnahmen abhängig von Sondereffekten wie der Ausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank. Zudem beträgt die jährliche Steuerersparnis für ein mittleres Einkommen für Alleinstehende 14 Franken, für Verheiratete 31 Franken. Die Konsequenzen der jährlich wiederkehrenden Steuereinbussen, welche eine Steuerfussenkung mit sich bringt, seien im Gegensatz dazu jedoch einschneidend.

Gestern – der Ratspräsident hat es erwähnt – kam noch dieser Antrag von Hans-Peter Amrein, er fordert eine Senkung des Steuerfusses von 8 Prozent. Diesen Antrag haben wir in der Finanzkommission logischerweise nicht diskutieren können. Der Transparenz halber werde ich Ihnen die Zahlen aber noch schnell liefern: Das bedeutet ein Minus von 508,8 Millionen Franken pro Jahr. Da wir auch diesen Antrag natürlich für den KEF einstellen müssen, also mindestens für zwei Jahre, würde das ein Minus von 1017,6 Mio. Franken im KEF bedeuten. Neu wird jetzt aber nicht mehr der Mehrheits- dem Minderheitsantrag gegenübergestellt, sondern, wie auch das der Kantonsratspräsident schon erwähnt hat, werden wir neu im CUPSsystem abstimmen. Das ist mein letztes Votum voraussichtlich. Ich bedanke mich bei allen von Ihnen für diese sehr speditive Debatte, wünsche viel Glück bei der letzten Entscheidung und anschliessend schöne Festtage. Besten Dank.

Ratspräsident Benno Scherrer: Und ich bedanke mich bei Ihnen, Herr Finanzkommissionspräsident, für die umsichtige Leitung dieser Finanz- und Budgetdebatte.

Minderheitsantrag Hannah Pfalzgraf, Tobias Langenegger und Selma L'Orange Seigo:

I. Der Steuerfuss für die Jahre 2022 und 2023 wird auf 100% der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Hannah Pfalzgraf (SP, Mettmenstetten): Ich bin bei der Grundsatzdebatte bereits darauf eingegangen, warum eine Steuerfussenkung, auch wenn nur um 1 Prozent, keine Option ist. Sie ist verantwortungslos. Ich erinnere Sie gerne daran: Wir befinden uns mitten in der Corona-Pandemie, von der wir wissen, dass sie grosse finanzielle Konsequenzen für den Staat mit sich bringt. Ein Ende ist noch nicht absehbar und genauso wenig absehbar ist, welche Unterstützungsmassnahmen noch notwendig sein werden, damit wir am Ende dieser Pandemie nicht vor einem Scherbenhaufen stehen, vor zerstörten Existenzen, vor einer noch kaputteren Wirtschaft. Wir müssen damit rechnen, dass wir auch in den kommenden Jahren

die Auswirkungen der Pandemie zu spüren haben, weil die Steuereinnahmen einbrechen oder weil wir wirtschaftsfördernde Massnahmen ergreifen müssen.

Ich erinnere Sie, zweitens, gerne daran: Wir befinden uns mitten in der Klimakrise, eine Krise, welche unser sofortiges Handeln auf allen Ebenen benötigt, weil wir sonst mit fatalen Konsequenzen rechnen müssen; eine Krise, welche nach Investitionen in den Klimaschutz geradezu schreit, und zwar eigentlich gestern und nicht erst morgen.

Der Kanton Zürich ist finanziell gut aufgestellt. Die positiven Abschlüsse der vergangenen Jahre haben uns ein Polster verschafft, mit dem wir die aktuellen und kommenden Herausforderungen stemmen können. Das mit einer Senkung des Steuerfusses aufs Spiel zu setzen, nur damit die Reichsten im Kanton Zürich ein zusätzliches Zückerchen erhalten, nur um die Grossspenderinnen der SVP und der FDP zufriedenzustellen? Ganz bestimmt nicht, auch wenn Sie, liebe rechte Parlamentsseite es noch hundertmal behaupten, es ist und bleibt eine Lüge: Eine Steuerfussenkung kommt der Bevölkerung des Kantons Zürich nicht zugute. Diese Lüge, dass man mit der Steuerfussenkung der Bevölkerung in der schweren Zeit der Corona-Krise etwas zurückgeben wolle, ist einfach zu entlarven. Tiefe und mittlere Einkommen, also jene, welche durch die Corona-Pandemie laut KOF-Studie (*Konjunkturforschungsinstitut*) am stärksten betroffen waren, profitieren kaum von einer Steuerfussenkung. Für das Median-Einkommen betragen die Einsparungen 14 beziehungsweise 31 Franken für Verheiratete – pro Jahr. Und was ist der Preis? Eine drohende Leistungsüberprüfung und der Abbau des Service Public. Diese Massnahmen werden erwiesenermassen wiederum tiefe und mittlere Einkommen am stärksten treffen, ganz zu schweigen von den Investitionen in den Klimaschutz, welche in Gefahr geraten, wenn wir jetzt den kantonalen Haushalt in Schieflage bringen. Das wird uns wiederum ausnahmslos alle zu viel kosten, viel mehr, als wir von einer minimalen Steuerreduktion profitieren könnten. Fassen wir das also nochmal zusammen: Um ihr Wahlversprechen nach Herrliberg (*Wohnort von Altbundesrat Christoph Blocher*) blindlings zu erfüllen, schreckt die SVP auch nicht vor den plattesten Lügen zurück. Erneut zeigt die selbsternannte Partei des Mittelstandes, dass sie sich schon längst von diesem abgekehrt hat und zu einem Spielball des Grosskapitals verkommen ist. Und auch die SVP erzählt ihr Märchen der alles ausgleichenden dynamischen Effekte und so weiter. Doch es wird nicht wahrer, nur weil man es tausendmal wiederholt. Nur fängt man es dann vielleicht selbst an zu glauben. Dass die FDP sich also liebend gerne diesem verantwortungslosen Unterfangen anschliesst, ist leider wenig verwunderlich, bedient sie damit doch exakt ihre Klientel, das reichste eine Prozent, und den heimlichen Traum, den Staat bis zur schieren Unkenntlichkeit abzubauen. Es ist mir aber schleierhaft, warum gerade die Mitte und die GLP von ihrer Vernunft der letzten Steuerfuss-Debatte abgekommen sind. Denn es sind die sozialen und ökologischen Anliegen, welche erfahrungsgemäss als Erstes unter dem Abbau leiden werden. Darum an dieser Stelle die Bitte: Wenn euch, geschätzte Mitglieder der Mitte, noch etwas an sozialer Gerechtigkeit liegt, an Familien, dann lehnen Sie diese Steuerfussenkung ab. Wenn bei Ihnen, geschätzte Mitglieder der GLP, noch irgendein Interesse an einer ernsthaften Klimapolitik vorhanden

ist, dann lehnen Sie diese Steuerfussenkung ab. Spielt nicht dieses absurde Spiel von SVP und FDP mit, zeigt Grösse und setzt euch konsequent für jene Anliegen ein, welche ihr auch propagiert. Denn eine Steuerfussenkung schadet genau diesen Anliegen. Es tut mir ausgesprochen leid, liebe Mitte, liebe GLP, ich kann es euch nur erklären, verstehen müssen Sie es aber leider selbst. Für die SP ... (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

Ratspräsident Benno Scherrer: Fünf Minuten Redezeit für alle.

Antrag von Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht; fraktionslos):

Der Steuerfuss für die Jahre 2022 und 2023 wird auf 92% der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht; fraktionslos): Ich danke Ihnen für die fünf Minuten, ich werde es in zwei Minuten schaffen, nachdem Sie mich jetzt schon so dazu in dieses Korsett gezwungen haben in dieser Debatte.

Ich bin Kapitalist. Ich stehe für eine Marktwirtschaft ein, nicht wie die Kommunistin, die vorher gesprochen hat. 1 Prozent ist kein Prozent. Und dem Staat muss man das Geld entziehen, damit er endlich wirtschaftlich arbeitet. Und das ist in allen Staatsformen so und ganz besonders im Staate Zürich, in welchem in den letzten Jahren nie, Herr Finanzdirektor (*Regierungsrat Ernst Stocker*), nie wirklich einmal gespart wurde und die einzelnen Konti der einzelnen Leistungsgruppen durchgeprüft wurden. Und das ist nötig. Deshalb braucht es eine 8-prozentige Steuerreduktion. Und dann, Frau Pfalzgraf, können Sie auch nicht sagen, der kleine Steuerzahler würde nicht entlastet. Denn achtmal 30 Franken macht meines Erachtens 240 Franken, und das ist ja schon fast ein Abendessen in der «Kronenhalle».

Anstelle einer vom Kantonsrat abgelehnten Gemeinkostenwertanalyse und aufgrund nur oberflächlicher Budget-Prüfungen durch die vorberatende Kommission, ohne Detail-Prüfung des REMO-Budgets (*Budget nach Einzeltiteln*) des Kantons, wird der Regierungsrat so gezwungen, die Verwaltungstätigkeit endlich einmal detailliert zu durchleuchten und mögliche Abstriche vorzunehmen. Stimmen Sie dafür, dass der Speckgürtel des Finanzhaushaltes abgeschnitten wird, und stimmen Sie für eine 8-prozentige Steuerreduktion. Es tut niemandem weh.

Jürg Sulser (SVP, Otelfingen): Als ein starkes Zeichen an die Wirtschaft soll der Steuerfuss für die Jahre 2022 und 2023 auf 99 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt werden. Mit dem guten Abschluss 2021 ist es jetzt der richtige Zeitpunkt dafür. Wir haben in der Rechnung 2021 ein Plus, das deutlich über dem Budgetierten liegt. Aufgrund der bedeutend höheren Gewinne der Nationalbank und der x-fachen Gewinnausschüttungen der SNB sowie der ZKB (*Zürcher Kantonalbank*) erhöhen sich die Erträge des Kantons Zürich erheblich. Die umliegenden Kantone nutzen bereits diese ausserordentlichen Erträge der SNB und senken massiv die Steuern. Dies verschlechtert die relative Position des Kantons Zürich erheblich. Die SVP hat es sich zum Ziel gesetzt, die Steuerfussenkung nach über

18 Jahren nun endlich umzusetzen, um die Konkurrenzfähigkeit des Kantons Zürich gegenüber anderen Kantonen, welche tiefere Steuern haben, zu sichern; dies, um im Sinn einer starken Volkswirtschaft Arbeitsplätze zu erhalten und weitere zu fördern. Die Regierung will, dass wir den wichtigen Faktor Wirtschaftsstandort Kanton Zürich pflegen und weiterentwickeln, zum Wohl der Menschen und des Gewerbes, die in diesem Kanton leben und wirtschaften. Aber hierzu müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Ein attraktiver Steuerfuss ist eine der zentralsten Voraussetzungen, damit der Wirtschaftsstandort Zürich im Vergleich mit anderen Kantonen sowie auch im internationalen Vergleich bestehen kann. Wir können es uns nicht leisten, in grösserem Ausmass Unternehmen und damit auch Steuersubstrat und Arbeitsplätze an andere Kantone zu verlieren. Gerade in wirtschaftlich guten Zeiten darf es erst recht nicht passieren, dass Standortvorteile verlorengelangen.

Die von der SVP, gemeinsam mit der FDP, der Mitte und der GLP, befürwortete Steuerfussenkung ist daher mit aller Vehemenz einzufordern und umzusetzen. Mit dieser Steuersenkung stellen wir die Standortattraktivität des Kantons Zürich sicher. Gleichzeitig bekommen die Bürgerinnen und Bürger mehr Geld zum Leben. Wir müssen den juristischen wie auch den natürlichen Personen etwas retour geben für die gute Arbeit und die bezahlten Steuern trotz der Pandemie. Nur mit einem gesunden Haushalt ist es dem Kanton Zürich möglich, sich den Herausforderungen der Zukunft mit einem zunehmend härteren nationalen und internationalen Wettbewerb zu stellen. Durch die Senkung des Steuerfusses von 1 Prozent in den Jahren 2022 und 2023 soll der Standort Zürich insbesondere für Unternehmen gestärkt werden. Ein starker Wirtschaftsstandortkanton Zürich kann nur erhalten bleiben, wenn dieser steuerlich auch für Unternehmen und natürliche Personen attraktiv bleibt. Die SVP stimmt der Steuerfussenkung um 1 Prozent zu und hofft, dass sich auch die anderen Parteien dem Antrag anschliessen. Jetzt noch etwas zu meiner Vorrednerin Hannah Pfalzgraf: Wenn man andere der Lüge bezichtigt, ist das für mich unterste Schublade. Ich wünsche dir, Hannah, dass du ein bisschen an deiner Kinderstube arbeitest, und danke allen.

Christian Schucan (FDP, Uetikon a. S.): Die FDP-Fraktion stimmt einer Steuerfussreduktion um 1 Prozent zu. Wir geben damit allen Steuerzahlern eine leichte Entlastung in dieser schwierigen Zeit. Da es bei den tieferen Einkommen nicht einfach ist, ist eben auch schon nur 1 Franken, den man nicht mehr ausgeben muss, relevant und nicht einfach nur ein Zuckerschlecken. Grundlage für die Überlegungen zum Steuerfuss und zur Senkung des Steuerfuss ist nicht nur das Budget 2022, sondern der mittelfristige Ausgleich. Als das Budget Ende August präsentiert wurde mit einem mittelfristigen Ausgleich von minus 750 Millionen Franken, stand für uns eine Steuerfussreduktion nicht zur Debatte. Von diesen 750 Millionen Franken minus im mittelfristigen Ausgleich sind allein 720 Millionen auf das Jahr 2021 gefallen. Dann haben wir Mitte September den Zwischenbericht erhalten und da war der mittelfristige Ausgleich plötzlich bei minus 725 Millionen Franken, obwohl nur noch 95 Millionen Franken aus dem Jahr 2021 stammen, wohlgemerkt, unserem Krisenjahr. Dann kommen Ende September

Budgetnachträge und da ist der mittelfristige Ausgleich positiv bei 99 Millionen Franken. Und das ist der Grund, wieso für uns eine Steuerfussreduktion vertretbar ist.

Wir wissen mittlerweile, dass das Ergebnis 2021 noch besser, als bisher in den Berechnungen berücksichtigt, ausfallen wird. Umliegende Kantone senken Steuern um bis zu 7 Prozent für die natürlichen Personen. Dies können wir nicht einfach unbeantwortet lassen im Hinblick auf die Kompetitivität des Kantons Zürich. Eine Steuerreduktion um 1 Prozent entspricht einer Einnahmereduktion für den Kanton von 0,3 bis 0,4 Prozent. Die Haupteinnahmequelle des Kantons, nämlich die Gebühren und Abgaben, das macht rund 50 Prozent der Einnahmen des Kantons aus, ist davon nicht tangiert. Der unter Leistungsgruppe 4950 angenommene Antrag über 70 Millionen Franken zur Reduktion des Ausgabenwachstums um 10 Prozent fängt die Steuerfussreduktion auf. Der mittelfristige Ausgleich bleibt damit gewahrt. Dies wäre auch bei einer Reduktion des Steuerfusses um 2 Prozent der Fall gewesen, für die aber keine Mehrheit gefunden werden konnte. Eine grössere Reduktion als 2 Prozent wäre aus Sicht der FDP nicht zu vertreten. Der Regierungsrat selbst hätte wohl in Kenntnis der heutigen Datenlage auch einen tieferen Steuerfuss beantragt.

Und dann noch zum Schluss folgende Bemerkung zur Sprecherin der SP: Wenn es um faktenlose Behauptungen zu glauben geht, dann hat sie brilliert mit ihrer Rede. Besten Dank.

Ronald Alder (GLP, Ottenbach): «Alle Jahre wieder grüsst das Murmeltier», so kann der voraussichtliche Rechnungsabschluss für 2021 bezeichnet werden. Das Budget 2021 prognostizierte ein Defizit von 525 Millionen Franken. Mit den Zusatzkrediten, insbesondere für die Corona-Härtefallprogramme, wuchs das prognostizierte Defizit auf 880 Millionen an. Mit dem Zwischenbericht im September haben wir erfahren, dass dieses Defizit auf 95 Millionen Franken zusammenschmolzen ist. Wetten, dass wir die Rechnung 2021 sogar im Plus abschliessen werden? Dieses deutlich bessere Resultat reiht sich in die letzten Jahre ein, in denen die Rechnung immer viel besser abschnitt als budgetiert. Der Kanton Zürich hat also eine History of Understatement.

Die Finanzsituation des Kantons Zürich ist stabil. Der Staatshaushalt wird von der internationalen Rating-Agentur Standard & Poor's unverändert mit der Bestnote Triple A bewertet. Dem Kanton Zürich geht es gut. Die Investitionen für die den Grünliberalen wichtige Bereiche, wie Klimaschutz und Vereinbarkeit von Familie und Beruf, können finanziert werden. Wer anderes behauptet, verbreitet Fake News.

Dank der GLP werden in den kommenden Jahren zusätzliche Gelder bis zu 100 Millionen Franken für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf bereitgestellt und im Budget erhöhte Ausgaben zur Bekämpfung des Klimawandels getätigt, die vergangenen Abstimmungen in der Budgetdebatte haben es gerade bewiesen. Und wer diese abgelehnt hat, das wissen wir ja heute auch. Die Grünliberalen stehen für Nachhaltigkeit auf allen Ebenen. Neben der ökologischen, sozialen, gesell-

schaftlichen und wirtschaftlichen Nachhaltigkeit ist auch die finanzielle Nachhaltigkeit wichtig. Finanzielle Nachhaltigkeit bedeutet, dass der Kanton Zürich für die Steuerzahlenden attraktiv und das Steuersubstrat erhalten bleibt, damit die wichtigen Investitionen in Klimaschutz und Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglich sind. Darum ist es für uns Grünliberale selbstverständlich, dass dank der guten finanziellen Situation des Kantons die Steuerzahlenden entlastet werden. Zu den Parteien, die die Steuerentlastung ins Lächerliche ziehen: Wer den Rappen nicht ehrt, ist des Frankens nicht wert. Es ist ein Ausdruck von Arroganz zu sagen, dass 50 oder 100 Franken mehr keinen Unterschied machen. So etwas kann nur jemand sagen, der selbst viel hat. Die Grünliberalen stimmen dem Steuerfuss von 99 Prozent zu.

Selma L'Orange Seigo (Grüne, Zürich): Wir Grünen lehnen eine Senkung des Steuerfusses ab, egal, ob das 1 Prozent ist, 8 Prozent oder 18 Prozent, und wir haben folgende Gründe dafür: Eine Senkung des Steuerfusses entlastet mitnichten die armen «Büezer» und fleissigen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die unter der Pandemie gelitten haben oder es noch tun. Wenn ihr steuerbares Einkommen dem Median entspricht, also 40'000 Franken pro Jahr, sparen sie läppische 14 Franken mit einer 1-prozentigen Steuersenkung, 14 Franken in einem Jahr. Dafür bekommen sie nicht mal ein Mittagessen, vielleicht einen Glühwein aktuell auf dem Weihnachtsmarkt. Bei verheirateten Paaren sind es 31 Franken, und es sind eben nicht 50 oder 100 Franken, Ronald Alder. Und wir sprechen hier übrigens nicht vom Durchschnittseinkommen, sondern vom Median. Das heisst, die Hälfte der Personen spart sogar noch weniger und die glückliche andere Hälfte etwas mehr. Wenn sie zu den Menschen zählen, die als Einzelperson 100'000 Franken steuerbares Einkommen haben, dann sind es schon ganze 63 Franken. Diese Umverteilung von unten nach oben unterstützen wir Grünen nicht. Und liebe Bürgerliche mitsamt GLP, seien Sie doch so ehrlich und sagen Sie einfach: Es geht darum, dem Staat Mittel zu entziehen, um den Spardruck zu erhöhen. Ich halte Hans-Peter Amrein zugute, dass er das klar benennt und nicht behauptet, es gehe hier um die armen Bürgerinnen und Bürger. Die Entlastung der arbeitenden Bevölkerung durch Steuersenkung gehört einfach ins Land der Legenden.

Den Einsparungen auf individueller Ebene stehen Einnahmenverluste beim Kanton gegenüber. Für das Jahr 2022 sind das rund 64 Millionen Franken und in den darauffolgenden Jahren immer etwas mehr. In der ganzen KEF-Periode von 2022 bis 2025 kommt es zu Einnahmeausfällen von über 260 Millionen Franken. Dieser Betrag kommt zu dem Minus hinzu, das ohnehin bereits budgetiert ist für diese Jahre, und das sind insgesamt 1,3 Milliarden Franken. Ich höre bereits das Wehklagen von dieser Ratsseite nächstes Jahr, dass man bei einem so grossen Defizit doch zwingend sparen müsse. Und dann ist auf einmal kein Geld mehr da für den Klimaschutz, kein Geld mehr da für Investitionen in die Biodiversität oder für Prämienverbilligungen oder für Bildungsprojekte, und das alles mit dem Segen der GLP. In der Vergangenheit wurde immer als erstes beim Natur- und Klimaschutz gespart, gerade bei der aktuellen Mehrheit im Regierungsrat, welche im-

mer noch aus denjenigen Parteien besteht, die wirksamen Klimaschutz bekämpfen. Liebe GLP, damit ihr vor den Wahlen ein paar Stimmen im liberalen Lager fischen könnt, opfert ihr die gemeinsamen Ziele der Klimaallianz.

Dann wurde ins Feld geführt, die umliegenden Kantone würden die Steuern senken und der Kanton Zürich müssen konkurrenzfähig bleiben. Nun, ich habe mir die entsprechenden Daten angeschaut, das ist alles im Internet verfügbar, und der Kanton Zürich, der besticht mit einer sehr geringen Steuerbelastung. Es gibt einige typische Tiefsteuerkantone – Zug, Schwyz, Obwalden, die kennen Sie –, die sind tatsächlich etwas günstiger. Doch dort können sich normale Menschen einfach praktisch keine Wohnung mehr leisten, weil die Mietpreise so hoch sind; auch diese Zahlen sind verfügbar. Im Kanton Zürich wollen wir Grünen auf keinen Fall noch weiter steigende Mieten und Immobilienpreise und ein Biotop speziell für Reiche. Der Thurgau beispielsweise hat letzte Woche tatsächlich den Steuerfuss gesenkt, um 8 Prozentpunkte, und zwar von 117 auf 109 Prozent, er ist also immer noch weit entfernt von 100 Prozent. Und es ist wirklich nicht damit zu rechnen, dass jetzt der grosse Exodus los geht in die Ostschweiz, denn der Kanton Zürich bleibt auch ohne Steuersenkung attraktiv und hat schliesslich auch noch einiges anderes zu bieten.

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass eine Steuersenkung unsozial ist, dass sie massive Einnahmeausfälle zur Folge hat, während der Kanton sich in den kommenden Jahren mit hohen Defiziten konfrontiert sieht. Dadurch wird der finanzielle Handlungsspielraum unnötig eingeschränkt und wichtige Aufgaben sind gefährdet. Wir Grüne lehnen diese verantwortungslosen Politik entschieden ab.

Farid Zeroual (Die Mitte, Adliswil): Die vergangene Budgetdebatte lässt sich im Wesentlichen mit drei Haupterkennnissen zusammenfassen, erstens: Der Kanton Zürich befindet sich in einer finanziell robusten Lage mit einer moderaten Verschuldung. Dies wird auch von externen Agenturen mit einem Triple-A-Rating gewürdigt. Zweitens: Die wirtschaftlichen Aussichten für den Kanton Zürich sind deutlich besser, als die Prognosen vom Sommer 2021 noch vermuten liessen. Dies ist erfreulicherweise bereits mit den künftigen Steuererträgen im angepassten KEF abgebildet. Drittens: Das ursprünglich im Budget vorgesehene Ausgabenwachstum wurde durch einen Budgetantrag von hohen 700 Millionen um 70 Millionen auf 630 Millionen Franken begrenzt.

Bei dieser Ausgangslage ist es nur folgerichtig, auch den Steuerfuss anzupassen. Einerseits wird mit einer Senkung des Steuerfusses von 100 Prozent auf 99 Prozent die Begrenzung des Ausgabenwachstums auf der Ertragsseite abgebildet. Dies schafft Verbindlichkeit. Andererseits nutzt der Kanton Zürich so den Handlungsspielraum, welcher die wirtschaftliche Erholung nach der Pandemie bietet. An dieser Stelle rufe ich gerne einige Medienberichte der vergangenen Wochen in Erinnerung: «Schaffhauser Kantonsrat beschliesst massive Steuersenkung» in Top Online; «Reduktion der Unternehmenssteuern ab 2022 – Kanton Aargau»; «Der Thurgau senkt den Steuerfuss auf historisches Tief», Tagblatt; «Trotz Corona: Luzerner zahlen ab 2022 weniger Steuern», zentralplus; und «Finanzlage im Kanton Schwyz ermöglicht deutliche Steuerfussenkung». Sie sehen, unsere

Nachbarkantone nutzen den finanziellen Spielraum, der sich aufgrund der positiven wirtschaftlichen Prognosen bietet. Es gibt daher keinen Grund, warum der Kanton Zürich abseits stehen soll.

Etwas ratlos lässt mich der Antrag von Hans-Peter Amrein. Mit der einigermaßen inhaltsfreien Begründung «Konzentration auf das Wesentliche» wird eine 8-prozentige Steuerfussreduktion beantragt. Ich vermute, es handelt sich um eine spontane Eingabe der Kreativabteilung im Kantonsrat. Hätte ich eine solche spontane Idee, würde mir mein Umfeld wohl Folgendes raten: Egal, was für farbige Pillen der Arzt verschrieben hat, nimm entweder weniger oder gleich viel mehr.

Obwohl es beim Budget des Kantons Zürich um einen Haushaltsumfang von 17 Milliarden Franken geht, sind die tatsächlich steuerbaren Kosten deutlich geringer. Rund 7 Milliarden des Haushaltes betreffen Abschreibungen, Transferzahlungen und durchlaufende Beträge, alles kaum beeinflussbare Kosten respektive durch Investitionstätigkeit vorgegeben. Die beantragte Senkung des Steuerfusses hätte eine überproportionale Auswirkung auf die übrigen Aufwandpositionen. Personal und Sachaufwendungen müssten sofort um 6 Prozent reduziert werden; eine unseriöse und fragwürdig begründete Forderung, vor allem, weil der mittelfristige Ausgleich so massiv gefährdet würde.

Die Mitte-Fraktion jedoch steht für eine stabile und verlässliche Finanzpolitik. Der Haushalt soll so ausgestattet und ausgestaltet werden, dass die Leistungen erbracht werden können und der mittelfristige Ausgleich erreicht wird. Dies kann mit der Senkung des Steuerfusses um 1 Prozent, was rund 65 Millionen Franken entspricht, erreicht werden.

Markus Schaaf (EVP, Zell): «Zürcher Finanzpolitik ausser Rand und Band», so lautete der Titel eines Gastkommentars von unserem Finanzdirektor Ernst Stocker in der NZZ im August 2019. Wohlgermerkt, damals sprach noch niemand von Corona. Ich bin gespannt, wie er die Lage heute einschätzt, vor allem nach dieser Debatte. Der Regierungsrat budgetiert fürs nächste Jahr ein Minus von 300 Millionen Franken, und seine eigene Partei und deren Gefährten wollen Steuern senken, «Zürcher Finanzpolitik ausser Rand und Band».

Wer es noch nicht gemerkt hat, wir befinden uns mitten in der grössten Krise seit dem Zweiten Weltkrieg. Wir alle sind dankbar für einen gesunden, leistungsfähigen Staat, der die Menschen nicht einfach sich selbst überlässt. Wer schon einmal eine Krise führen musste, kennt dies: An jeder Sitzung gibt es einen kurzen Überblick über die vorhandenen Ressourcen. Jede Einsatzleitung muss wissen, über wie viele Mittel sie noch verfügen kann, um das Ereignis zu bewältigen. Es ist deshalb absolut nachvollziehbar, dass der Regierungsrat sagte: «Mitten in der Krise sollten wir keine Steuern senken. Wir wissen nicht, wie lange es dauert. Wir wissen nicht, was noch auf uns zukommt.»

Doch was kümmert die Vernunft die Allianz der Steuersenker von SVP, FDP, GLP und die Mitte? Sie denken sich: Krise, das ist ein Problem der andern. Sie wollen 70 Millionen sparen. Sie wissen zwar nicht, wo, trotzdem wird das eingesparte Geld dem Staat vorenthalten. Schon klar, «Steuersenkung» tönt sexy, vor allem, wenn nächstes Jahr Wahlen sind. Doch mit einer Steuersenkung mitten in

der Corona-Krise sind die Krise und ihre wirtschaftlichen Folgen nicht einfach weggespart. Was sie hier machen, ist eigentlich Folgendes: Während das Haus brennt und die Feuerwehr versucht zu löschen und den Schaden in Grenzen zu halten, entfernen Sie eine Löschleitung und sagen: «Ihr macht das schon gut so. Macht einfach weiter und gebt euch schön Mühe, einfach mit weniger Wasser als bisher.» Liebe Kolleginnen und Kollegen von SVP, FDP, GLP und Mitte: Verantwortliches Krisenmanagement sieht anders aus.

Und es ist ja nicht so, dass wir in Zukunft einfach mit weniger Geld auskommen werden, ganz im Gegenteil: Vor zwei Wochen haben die Stimmbürger die Pflegeinitiative angenommen. Sie wird den Kanton Geld kosten. Weitere Stichworte sind: die Umsetzung der Dekarbonisierungsstrategie, die Unterstützung der Hauseigentümer bei energetischen Sanierungen, die Digitalisierung im Gesundheitswesen, grosse und teure Bauvorhaben im Bildungswesen. Und was mir ein Herzensanliegen wäre: Seit Jahren warten wir auf eine tragfähige Palliative-Care-Strategie in unserem Kanton, auch diese, deren Finanzierung, ist in die weite Ferne gerückt.

Nochmals zusammengefasst, was die Folge von dem ist, was sie heute beschliessen: Menschen mit hohem Einkommen profitieren ein bisschen, Menschen mit durchschnittlichem Einkommen spüren praktisch nichts, aber dem Staat, lieber Ronald Alder, dem Staat fehlen 70 Millionen Franken Einnahmen, um seine Aufgaben zu erfüllen, und das ist das Problem, nicht, dass man den Rappen des Einzelnen nicht ehren würde. Die Folge der fehlenden Einnahmen werden Sparübungen und Leistungskürzungen sein. Und das wiederum werden die Menschen mit mittleren und tieferen Einkommen besonders zu spüren bekommen.

Für die EVP ist dies weder sinnvoll noch logisch, noch innovativ, noch sozial. Wir stimmen für die Beibehaltung des Steuerfusses auf 100 Prozent.

Markus Bischoff (AL, Zürich): Wenn man ein Defizit von 300 Millionen Franken für das nächste Jahr plant und dann trotzdem eine Steuerfussenkung beantragt, dann hat das mit Vernunft nichts, aber auch gar nichts zu tun. Ich habe deshalb auch vor allem andere Argumente gehört, wie die Hoffnung. Man hat gesagt, man werde dann schon wieder besser abschliessen, man habe in der Vergangenheit auch immer besser abgeschlossen. Ich denke, Hoffnung, die gehört irgendwo in eine andere Kategorie, aber nicht in die Finanzpolitik.

Zu Beginn der Debatte wurde auch gesagt, ja dank der Inflation werde man dann auch mehr Steuern einnehmen, also das ist einfach ein fertiger Blödsinn. Wenn die Inflation kommt, dann muss auch die kalte Progression ausgeglichen werden, das steht so im Steuergesetz. Dann sind die Kosten höher, dann steigen auch die Löhne, weil die Teuerung da ist, und schlussendlich muss der Kanton dann auch in Zukunft teureres Geld aufnehmen, weil die Zinsen steigen. Ich glaube, Inflation wäre Gift für die Staatsfinanzen. Und dann wurde immer wieder gesagt, ja, die SNB, die Nationalbank, werde noch mehr Geld ausschütten und die ZKB werde mehr Geld ausschütten. Sorry, wir können unser Schicksal nicht in die Hände von anderen legen. Wir sind ein stolzer Kanton und wir müssen auf eigenen Beinen

stehen und wir müssen selber für unsere Finanzen schauen und nicht davon abhängig sein, dass Dritte uns das Defizit bezahlen respektive einen namhaften Beitrag leisten. Und wieso macht man das jetzt, diese Steuerfussenkung? Es ist ganz einfach: Im Februar 2023 sind Wahlen, und diese Ratsseite (*gemeint ist die bürgerliche Ratsseite*) hat noch nichts zustande gebracht in dieser Legislatur. In der letzten Legislatur haben Sie eben auch nichts zustande gebracht. Sie konnten ihre Mehrheit oder die Mehrheit, die Sie hätten haben können, nicht in politische Erfolge ummünzen, und jetzt haben Sie auch nichts zustande gebracht und jetzt brauchen Sie endlich mal einen Erfolg, den Sie Ihren Wählern und Wählerinnen verkaufen können. Jetzt können Sie das Preisschild hochhalten und sagen: Wir haben die Steuern gesenkt. Das können Sie dann in den Wahlen 2023 gross propagieren. Aber was haben Sie gemacht? Sie haben die Steuern um 1 Prozent gesenkt. Und Herr Sulser, Sie wollen ja nicht glauben, die Standortaktivität sei wegen diesem Prozent viel grösser respektive die Leute hätten jetzt viel mehr Geld zum Leben. Wir haben es ein paar Mal gehört, wie viel Geld es ist. Es ist reine Symbolpolitik. Sie wollen sagen «Wir können diese Trendwende im Kanton Zürich machen und wir senken die Steuern», aber Sie haben wirklich nicht den Mut. Und da muss ich Herrn Amrein loben. Er hat wenigstens gesagt: Wenn schon, dann schon. Aber das ist einfach wirklich nur für die Balustrade, damit Sie das Schild «Wir senken die Steuern» raushängen können. Das ist die Realität. Sie müssen endlich einmal für Ihre Klientel noch einen Erfolg zeigen.

Dann noch zur GLP: Die war ja in der Kooperationsallianz (*gemeint ist die sogenannte «Klima-Allianz»*) und jetzt ist sie in der Spar-Allianz, das ist eine merkwürdige Haltung. Es erinnert mich ein bisschen an die FDP in Deutschland, die verfolge ich auch schon seit Jahrzehnten, und die FDP ist ja immer erfolgreich. Sie sitzt mit allen möglichen Partnern in der Regierung, sei es die CDU, die SPD jetzt mit den Grünen, Hauptsache, man ist immer in der Macht und man ist nicht besonders gross. Ich weiss nicht, ob Rosinenpickerei so sexy ist und erfolgversprechend in die Zukunft. Es hat vielleicht auch etwas mit Charakter zu tun, wenn man eine gewisse Linie einhält, das denke ich. Und wenn Sie ökologische und soziale und gesellschaftliche Projekte machen wollen, dann braucht es eben Geld. Und diese KEF-Erklärung für diese 100 Millionen Franken, die genehmigt wurde, wir wissen ja alle, was eine KEF-Erklärung wert ist, es hat nicht einmal eine gesetzliche Grundlage. Das führt nur zur Befriedigung des Bedürfnisses sagen zu können, Sie hätten etwas herausgeholt. Aber wir wissen alle hier drin, dass Sie nichts herausgeholt haben für diesen Steuerfussdeal.

Ich komme zum Schluss, es gibt nur eines: Eine Steuerfussenkung in Zeiten der Krise ist wirklich das falsche Mittel. In Zeiten der Krise braucht es eine ruhige Hand und nicht ein Hüst und Hott und nicht ein «Runter mit den Steuern!». Das kann nicht die Politik sein. Wir wissen, Steuerfussenkungen sind Gift für diesen Kanton, der nächstes Jahr 300 Millionen Franken Defizit hat. Deshalb lehnt die Alternative Liste diese Steuerfussenkung ab. Wir sind regierungstreu und werden für diese 100 Prozent stimmen.

Rosmarie Joss (SP, Dietikon): Wie die gleichen Parteien, die vor zwei Jahren noch überall das strukturelle Defizit witterten, mitten in einer Pandemie mit ungewissem wirtschaftlichen Ausgang auf die Idee kommen, wir seien in einer wirtschaftlich guten Lage, ist mir schleierhaft. Ich bitte alle Wählenden dieses Kantons, genau zu schauen auf der Liste (*gemeint ist das Abstimmungsprotokoll*), wer dann der öffentlichen Hand die Mittel gekürzt hat, die uns eben für die Klima- und die Familienpolitik fehlen.

Ich möchte jetzt noch eine kurze Bemerkung machen zu Jürg Sulzers Bemerkung zur SP-Sprecherin Hannah Pfalzgraf, sie solle an ihrer Kinderstube arbeiten. Ich finde, das ist eine unsägliche Bemerkung, die sich höchstwahrscheinlich nur eine junge Frau anhören muss, deren Bemerkungen wohl getroffen haben. Im Übrigen: Jemandem eine Lüge zu unterstellen, wäre nur eine Frechheit, wenn dann diese Behauptung nicht wahr gewesen wäre.

Abstimmung im Cupsystem

Ratspräsident Benno Scherrer: Der Antrag der FIKO, Steuerfuss 99 Prozent, der Antrag Pfalzgraf, Steuerfuss 100 Prozent, und der Antrag Amrein, Steuerfuss 92 Prozent, sind als gleichwertige Anträge zu behandeln. Wir werden nach Paragraph 76 des Kantonsratsreglements im sogenannten Cupsystem abstimmen. Wir werden die Eingänge schliessen und die Anwesenden ermitteln. Vereinigt keiner der Anträge die Mehrheit der stimmenden Mitglieder auf sich, wird entschieden, welcher der beiden Anträge, die am wenigsten Stimmen auf sich vereinigt haben, ausscheidet. In der Folge wird das Verfahren fortgesetzt, bis einer der Anträge eine Mehrheit erlangt. Ich bitte nun, die Eingänge zu schliessen und die Anwesenden drücken zur Ermittlung der Präsenz bitte die Taste «1».

Abstimmung im Cupsystem

Anwesende Ratsmitglieder	168
Absolutes Mehr	85 Stimmen
Antrag der FIKO	99 Stimmen
Minderheitsantrag Hannah Pfalzgraf	68 Stimmen
Antrag Hans-Peter Amrein	1 Stimme

Ratspräsident Benno Scherrer: Der Mehrheitsantrag der FIKO hat das absolute Mehr erreicht. Die Eingänge können geöffnet werden.

Die Festsetzung des Steuerfusses auf 99 Prozent der einfachen Staatssteuer führt in der Leistungsgruppe 4910, Steuererträge, zu einem Minderertrag von 63,6 Millionen Franken. Unter Berücksichtigung der vom Kantonsrat beschlossenen Änderung beim Steuerfuss ergeben sich im Budget 2022 gesamthaft in der Erfolgsrechnung ein Aufwandüberschuss von 297,6 Millionen Franken und in der Investitionsrechnung Investitionsausgaben von 1308,6 Millionen Franken.

Nun kommen wir zur Beratung der Anträge auf Zustimmung beziehungsweise Ablehnung des Budgets gemäss Vorlage 5742b. Hier liegt neben dem Mehrheitsantrag der FIKO auf Zustimmung zum Budget, ein Minderheitsantrag von Hannah Pfalzgraf und Mitunterzeichnenden auf Ablehnung des Budgets vor.

Minderheitsantrag Hannah Pfalzgraf, Tobias Langenegger und Selma L'Orange Seigo:

Das Budget für das Rechnungsjahr 2022 wird abgelehnt.

Ratspräsident Benno Scherrer: Das Wort aus dem Rat wird nicht mehr gewünscht, der Finanzdirektor verzichtet ebenfalls.

Wir kommen zur Elefantenrunde. Ich erteile das Wort den Fraktionsvorsitzenden für ein Schlussvotum. Ich räume ihnen dafür eine Redezeit von je fünf Minuten ein.

Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen): Robuste Finanzen, effiziente Debatte – in der Kürze liegt die Würze. Wir haben es geschafft oder vielmehr: Wow, wir sind schon fertig. Vermutlich haben wir seit langem einen Rekord in der Kürze der Debatte aufgestellt, herzliche Gratulation. In vier Sitzungen haben wir das Budget und – ich betone es – auch den KEF behandelt. Ich bin zwar noch nicht so lange dabei, aber ich erinnere mich, dass wir jeweils im Januar allein vier Sitzungen für den KEF hatten. Letztes Jahr hatten wir übrigens über 25 Stunden Budgetdebatte. Damit haben wir allein gegenüber der letztjährigen Debatte mit neun Sitzungen rund 250'000 Franken weniger ausgegeben.

Auch wenn in diesem Jahr weniger Budgetanträge im Plenum beraten worden sind, haben wir deswegen unseren Auftrag nicht weniger seriös wahrgenommen. Im Vorfeld wurden sehr viele Anträge geprüft und abgeklärt. Genau diese seriösen Abklärungen braucht es eben. Am Ende braucht es aber auch eine Kompromissbereitschaft und keine Einzelprofilierung. Vorwürfe der Arbeitsverweigerung und der Unseriosität sind fehl am Platz. Wenn nun die Linken die Pauschal Kürzung kritisieren, möchte ich nochmals in Erinnerung rufen, dass 70 Millionen Franken bei einem Budget von 17 Milliarden dasselbe ist, wie wenn Sie bei einem Betrag von 1'700 Franken wegen eines Betrags von 7 Franken ein Zetermordio lostreten, oder wenn Sie sich bei Covid-Testanalysen, die 17 Franken kosten, über einen Abschlag von 7 Rappen enervieren. Das zeugt entweder von Kleinlichkeit oder fehlendem Überblick.

Die Steuerfussenkung ist ein Lichtblick. Es ist fast, wie wenn nach einer dunklen nebligen Nacht am Morgen das Licht des ersten Sonnenstrahls durchdringt. Ja, es ist Zuversicht für den Standort, für die Wirtschaft. Und – das ist entscheidend – die umliegenden Kantone gehen wesentlich weiter, wir haben es gehört. Die Steuerfussenkung ist aber auch die logische Konsequenz. Wenn wir das Budget verbessern, soll das in einer Steuersenkung enden. Umgekehrt müssten eigentlich Budgetverschlechterungen zu Steuererhöhungen führen. Denn der Staat, der erwirtschaftet kein Geld, der verteilt lediglich um. Ich möchte da aber auch noch mal allen unterlegenen Fraktionen in Erinnerung rufen: Ein tieferer Steuerfuss hat

mittelfristig nicht tiefere Steuererträge zur Folge, nehmen Sie das bitte zur Kenntnis.

Das erste Mal haben wir fünf Finanzmotion überwiesen. Der Kantonsrat nimmt damit seine finanzpolitische Verantwortung noch verstärkter wahr, und wir sind überzeugt, dass die Regierung einen guten Weg finden wird, dies zu berücksichtigen oder entsprechende Vorlagen vorzubereiten.

Die SVP zieht eine akzeptable Bilanz: 38 Abstimmungen verliefen zu unseren Gunsten, elf zu unseren Ungunsten. Mit der Budgetverbesserung erhält der Regierungsrat die Möglichkeit, die zusätzlich geplanten Stellen in der Kernverwaltung noch mal kritisch zu prüfen. Für eine Optimierung der Investitionen haben wir drei wichtige KEF-Erklärungen überwiesen, und der Steuerfuss wird um 1 Prozentpunkt gesenkt. Die Koalition der Budgetvernunft hat diese effektive, sachlich und inhaltlich nicht minder spannende Budgetberatung ermöglicht. Wenn nun Grüne und SP drohen, das Budget abzulehnen, verabschieden sie sich komplett aus der Regierungsverantwortung. Ohne Budget kann die Regierung nur mit einem Notbudget agieren und auch die von Ihnen so dringend geforderten überwiesenen Budgetanträge und Warnungen können Sie gar nicht erst umsetzen. Bei Kindern würde man sagen, Sie sind am «Täubele». Deswegen im Rat von «Lüge» zu sprechen, geschätzte SP, ist eine Stilfrage, mit der Sie sich selber qualifizieren. Verwechseln Sie bitte Meinungsfreiheit nicht mit Faktenfreiheit. An die Adresse von AL und Grüne: Da hilft tatsächlich Homöopathie nicht, geschätzte Grüne und AL, um auf Ihr Eingangsvotum zurückzukommen. Baldrian-Tropfen können da Wunder wirken.

Mittelfristig sind wir weiterhin gefordert, den Finanzhaushalt des Kantons im Lot zu halten. Wir sind gefordert, das Subsidiaritätsprinzip nicht einseitig zu ritzen und immer mehr dem Kanton zu überbinden. Da appelliere ich an Sie, daran zu denken, welchen Hut Sie im Rat aufgesetzt haben. Zusammenfassend: Der Kanton Zürich leistet sich dank dem in früheren Jahren soliden bürgerlichen Finanzkurs ein knapp rotes Budget. Der Kantonsrat hat Kosmetik betrieben und das Budget um 0,4 Promille verbessert. Mit der Steuerfussenkung haben wir nach 18 Jahren erstmals tatsächlich etwas verbessert, und das ist dringend notwendig, damit wir weiterhin als attraktiver Wirtschafts- und Lebensstandort mithalten. Wir stimmen dem Budget zu und nehmen den KEF zur Kenntnis. Wir ziehen eine akzeptable Bilanz und halten fest: In der Kürze liegt die Würze.

Markus Späth-Walter (SP, Feuerthalen): Als historisch werden Ereignisse bezeichnet, die im Rückblick als grundlegende Zeitenwende beurteilt werden können. War diese Debatte der letzten zwei Tage historisch? Unbestritten ist: Sie war historisch kurz. Aber inhaltlich? Historisch war allenfalls die Erkenntnis der bürgerlichen Mehrheit, dass Budgets nicht der Ort sind, um den Staat mikrotechnisch zu steuern. Wir legen in Gesetzen und Kreditbeschlüssen fest, wofür das Geld der Steuerzahlenden einzusetzen ist. Es ist unmöglich, diese detaillierten Weichenstellungen jeweils in der letzten parlamentarischen Woche des Jahres mit dem Budget korrigieren zu wollen, wir haben das mantraähnlich in jeder Budgetdis-

kussion wiederholt. Dass jetzt auch die bürgerlichen Fraktionen Lernfähigkeit beweisen, ist ein später Triumph. Mal schauen, ob es sich um eine nachhaltige Entwicklung handelt.

Gänzlich unhistorisch, weil ebenso fantasielos wie altgewohnt, ist die Pauschkürzung beim Reptilienfonds (*gemeint ist die Leistungsgruppe 4950*). Schmerzen tut dieser Antrag niemanden wirklich. Es ist ein Gemeinplatz: Beim Budgetieren des Aufwands gibt es immer etwas Luft nach oben. Die Regierung wird diese Pseudo-Sparvorgabe auch nächstes Jahr problemlos einhalten. Kritik an diesem Beschluss ist trotzdem berechtigt. Er ist unwürdig und höchst ineffizient. Es ist unwürdig und höchst ineffizient, dass man die Sachkommissionen wochenlang intensiv arbeiten lässt, um am Schluss resigniert festzustellen, dass relevante Einsparungen offensichtlich so nicht erzielt werden können. Das ist ein Armutszeugnis für die rechtsbürgerliche Budgetpolitik.

Tiefpunkt der diesjährigen Budgetdebatte war ohne Zweifel die Debatte zur Bildungsdirektion und ihrem Budget. Mit fünf überwiesenen Finanzmotionen betreibt eine Mehrheit aus SVP, FDP und GLP ganz konkreten Bildungsabbau bei den Fachhochschulen, beim Lehrmittelverlag und beim AJB (*Amt für Jugend und Berufsberatung*). Sie führen als neue Anti-Bildungsallianz einen äusserst schädlichen Kampf gegen eine erzbürgerliche Bildungsdirektorin (*Regierungsrätin Silvia Steiner*) notabene, die heute zwar wacker dagegenhielt, es aber in den letzten Monaten leider unterlassen hat, sich um eine Mehrheit für eine vernünftige Bildungsfinanzpolitik zu bemühen.

Alles andere als historisch ist der Entscheid zur Steuersenkung. Es ist zwar korrekt, am Steuerfuss wurde seit 2003 nicht mehr herumgeschraubt. Tatsächlich aber hat die rechte Mehrheit das Steuerregime seit 1998 nicht weniger als 18mal – 18mal – verändert. Das behaupten nicht wir, es ist in der Antwort der Regierung auf die Anfrage 49/2021 zu entnehmen. Alle diese 18 Änderungen kennen nur eine Richtung: Die Steuern werden gesenkt. Insgesamt wurden und werden so dem Fiskus 1,4 Milliarden Franken entzogen, Jahr für Jahr für Jahr. Und auf diesem historischen Hintergrund hat die Mehrheit aus SVP, FDP, GLP und Mitte heute eine Senkung des Steuerfusses um 1 Prozent erzwungen. Sie wird den Kanton voraussichtlich rund 64 Millionen kosten, Jahr für Jahr für Jahr. Haushalte mit mittleren Einkommen werden sich mit den eingesparten Steuern eine zusätzliche Pizza Margherita leisten können. Für die vermögenden Haushalte liegt vielleicht ein Wochenende in einem Wellness-Resort drin. Ja, es stimmt, die Wirkung ist homöopathisch, homöopathisch für die Steuerzahlenden, nicht aber für den Staat. Mitten in einer Jahrhundert-Pandemie entziehen wir ihm mehr als 60 Millionen Franken – jedes Jahr.

Auf diesem Hintergrund rufe ich mit Lust einen unverdächtigen Kronzeugen in den Zeugenstand. Im Tages-Anzeiger vom 6. Dezember 2021 hatte Ernst Stocker einen bemerkenswerten Auftritt als mahnender Samichlaus. Die demografische Entwicklung stelle für den Kanton, sagt er dort, über die steigenden Schülerinnen- und Schülerzahlen und die wachsenden Gesundheits- und Pflegekosten in den nächsten Jahren die grösste Herausforderung dar. Die gewaltige Aufgabe, den

Klimawandel zu bewältigen, hat der Finanzdirektor dabei wohlweislich verschwiegen. Seine Schlussfolgerung aber ist ebenso schlüssig wie weise, ich zitiere: «Die Einnahmequellen müssen daher jetzt für die nächsten Jahre gesichert und erhalten werden.» ... (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

Beatrix Frey (FDP, Meilen): Entschuldigung, Markus, ich kann deine Rede wahrscheinlich nicht zu Ende führen.

Aus unserer Sicht findet sie statt, die finanzpolitische Götterdämmerung. Und nein, Thomas Forrer, es bedeutet nicht den Weltuntergang, das hat schon Richard Wagner (*deutscher Komponist*) falsch verstanden. Nach der nordischen Mythologie bedeutet sie den Untergang der Götter im Weltenbrand, aus dem eine bessere Welt hervorgeht. Gut, ich gebe zu, man kann unterschiedliche Vorstellungen haben, was eine bessere Welt ist. Markus Schaaf hat in seiner Eintretensdebatte gesagt, zu Recht gesagt, diese Budgetdebatte zeigt das Verhältnis der Parteien zum Staat, wofür die Parteien stehen, und die Seriosität der Arbeit.

Unser Verhältnis zum Staat – ich gebe es zu – ist kritisch, aber es ist konstruktiv. Karin Fehr findet, es braucht mehr Kultur, Literatur, Poesie, Film, Musik, Schauspiel und Tanz. Wir finden, es braucht vor allem wieder mehr Eigenverantwortung und mehr Freiraum für Private und Unternehmen, die in diesem Kanton etwas bewegen möchten.

Wofür diese Partei steht? Ich gebe zu, wir setzen uns nicht nur für die Schwachen ein, wir setzen uns auch für die Starken ein. In dieser Debatte wurde von Linksgrün immer wieder moniert, die Steuersenkung sei für den Mittelstand nicht spürbar und das Geld fehle dann für das viele mehr, dass sich Linksgrün in fast allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens wünscht. Wir aber denken auch an die wenigen Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, die all diese Wünsche erfüllen sollen. Und das sollten Sie auch. Denn wenn diese wegziehen, bleibt trotz dem hohen Steuerfuss nicht mehr, sondern weniger. Mehr Mut und Selbstbewusstsein hätten wir uns von der GLP gewünscht. Mit Ihrem Kleinreden der Steuerfussenkung und der Ablehnung unserer KEF-Erklärung zur Unternehmenssteuerreform kommen Sie mir ein bisschen vor wie ein Teenager, der sich nicht getraut, zu seiner Flamme zu stehen, und nur im versteckten Händchen hält. Aber gut, es ist ein Anfang.

Kommen wir zum dritten Punkt, den Markus Schaaf moniert hat, die Seriosität der Arbeit: Ich glaube, das ist wahrscheinlich der Punkt, über den wir hier in den letzten zwei Tagen am meisten gestritten haben. Nun, ich habe Verständnis dafür, dass für nicht FIKO-Mitglieder die FIKO eine Art Dunkelkammer ist. Bloss, es bringt nichts, durch das Schlüsselloch in eine Dunkelkammer zu sehen. Wenn man schon nicht dabei ist, dann sollte man sich wenigstens bemühen, eine Vogelperspektive einzunehmen. Und das gilt nicht nur für die EVP, sondern auch für die Linksgrünen Weltuntergangsbewerberinnen- und -bewerber.

Wenn man bei einem Ausgabenwachstum von 700 Millionen Franken eine Kürzung von 70 Millionen Franken als «Abrissbirne» bezeichnet, dann ist das wohl eher melodramatisch, liebe Hannah Pfalzgraf, als dramatisch. Unser Antrag ist denn auch nicht feige, denn wir haben viele Kürzungsvorschläge gemacht im

Budgetprozess, bei denen sich die Regierung gerne bedienen kann. Und anders als Yvonne Bürgin hätten wir uns auch ohne schlechtes Gewissen getraut, diese durchzuziehen. Wir finden es aber in der Tat effizienter, wenn die Regierungsräte ihre Energie am runden Tisch einsetzen, um gemeinsam die Prioritäten auszuhandeln, als wenn sie intensives Telefon-Marketing bei 180 Kantonsrätinnen und Kantonsräten gegen Kürzungsanträge betreiben.

Das seltsamste Verständnis von Seriosität und verantwortungsvoller Finanzpolitik aber haben SP und Grüne. Würden wir nämlich ihren Antrag folgen und das Budget ablehnen, dann müsste die Verwaltung mit einem Notbudget starten ins neue Jahr und subito ein einschneidendes Sparprogramm fahren. Wollen Sie das wirklich? Keine Angst, wir stehen heute zu diesem Kompromiss. Wir werden nicht Ihrem Antrag zustimmen, sondern wir werden uns heute mit diesem Kompromiss zufriedengeben. Denn da sind wir einig mit Finanzdirektor Stocker: Dem Zürcher Löwen geht es gut und das bleibt auch nach dieser Budgetdebatte so. Aber Herr Finanzdirektor, auch Sie wissen: Wer aufhört, besser werden zu wollen, hört auf, gut zu sein. Der Kanton Zürich kann mehr und die FDP erwartet mehr.

Michael Zeugin (GLP, Winterthur): Ich finde, die Kollegin der AL, Judith Stofer, hat es zu Beginn der Budgetberatung gut formuliert: Wir stecken in einer Krise und doch mitten in der Hochkonjunktur. Sie hat recht, oder eben anders gesagt: Wir leben in einer paradoxen Zeit. Da hilft es unserer Meinung nach, wenn wir uns an die Fakten halten.

Der Präsident der Finanzkommission hat eingangs erwähnt, die Ausgaben steigen nicht sonderlich, dafür aber nehmen die Einnahmen massiv zu. Er hat festgestellt: Wir haben eine solide Wirtschaftslage, wir haben einen effizienten und gut funktionierenden Staat Kanton Zürich. Das ist auch der Hintergrund, hinter dem wir Grünliberalen das Budget des Regierungsrates beraten haben.

Wenn Sie nun, geschätzte Ratslinke, das vorliegende Budget ablehnen, dann sollten Sie sich Folgendem bewusst sein: Mit dem Budget 2022 gewinnen Sie mehr, als dass Sie glauben zu verlieren. Das Personal wird aufgestockt, es bekommt fast 1 Prozent mehr Lohn. Wir verzichten auf Stellenkürzungen. Wir verzichten auch auf die Kürzung der Sozial- und Sachkosten – auch dort wird nicht gespart – und so weiter und sofort. Und liebe EVP, auch für Sie ist etwas im Budget drin: Die Polizei bleibt verschont und Sie damit vor ihrem eigenen Dilemma bewahrt. Liebe Grüne, Sie haben wahrscheinlich heute die stärksten Aussagen gemacht und uns den gemeinsamen Klimaschutzziele-Verrat vorgeworfen. Ich bitte Sie, zur Substantiierung Ihrer Aussage einen Antrag zu nennen, den wir im Bereich Klimaschutz nicht getätigt haben. Sollten Sie dazu nicht fähig sein, seien Sie selber des Verrats an den Klimaschutzziele bezichtigt, denn Sie nutzen diesen Begriff für eine linke Umverteilungspolitik, die die eigentlichen Kernelemente ihrer Politik darstellt.

Für uns Grünliberale ist klar: Wir wollen einen straffen Haushaltsvollzug, nur damit bleiben die Finanzen im Lot. Genau das ist es, was wir mit der Kürzung der 70 Millionen Franken sicherstellen. Und die Vergangenheit lehrt uns, es wären

für den Kanton Zürich vermutlich auch 100 Millionen schmerz-, aber natürlich nicht anstrengungsfrei verkraftbar gewesen.

Lassen Sie mich hier auch noch ein paar Worte zum Verständnis des Staates an Sie richten: Wir Grünliberalen beten keinen schlanken Staat an, noch haben wir das Mantra des unfehlbaren Staates. Eigentlich beten wir, wenn es um die Erfüllung unseres Amtes geht, gar nicht. Für uns Grünliberale geht es darum, den richtigen, den optimalen Staat zu schaffen, mit guten und klaren Gesetzen mit optimalen und richtigen Rahmenbedingungen auch für die Zukunft. Auch unter diesem Hintergrund haben wir vier Schwerpunkte in dieses Budget eingebracht:

Punkt 1: die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Hier hinkt der Kanton Zürich massgeblich der Entwicklung, der gesellschaftlichen Entwicklung hinterher. Damit gefährden wir auch die Zukunftsfähigkeit unseres Kantons. Hier haben wir mit unserem Antrag genau versucht, einzusetzen und für unsere politischen Ziele, die wir in den vergangenen Monaten zusammen mit anderen Partnern in diesem Rat eingebracht haben, eben auch die finanziellen nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Punkt 2: Der Klimawandel, ich muss es nicht erwähnen, ist die wohl grösste Herausforderungen unserer Zeit. Hier haben wir zusammen Mehrausgaben beschlossen, und ich bin überzeugt: Im kommenden Jahr werden noch weitere Mehrausgaben auf uns zukommen. Auch diese werden wir dank der guten finanziellen Lage des Kantons Zürich stemmen können. Für uns Grünliberale ist genau deshalb ein leistungsfähiger Staat wichtig. Diesen zu erhalten, dafür straffen wir den Haushaltsvollzug. Wir sind zuversichtlich, dass der Finanzdirektor den Auftrag, den hier dieses Parlament ihm erteilt, auch sauber und gut umsetzen wird.

Punkt 4: Steuern. Im Vergleich zu vielen Parteien in diesem Saal haben wir vermutlich ein unverkrampftes Verhältnis zu diesem Thema. Wenn nötig, erhöhen wir die Steuern, wenn möglich, senken wir die Steuern. Die Finanzplanung des Kantons Zürich lässt in den kommenden zwei Jahren eine Steuersenkung um 1 Prozent zu. Deshalb haben wir Grünliberalen uns dafür ausgesprochen. Sie sehen, wir Grünliberalen haben priorisiert. Wir haben Schwerpunkte gebildet. Wir haben die nötigen Mittel für unsere politischen Ziele zur Seite gelegt. Das ist unser Verständnis einer nachhaltigen Finanzpolitik. Und wir sind überzeugt, dass wir mit diesen Massnahmen und auch Investitionen den Handlungsspielraum für den Kanton Zürich für die Zukunft stärken werden.

Was zu Beginn nach einem feindlichen Paradox aussieht, geht eben zum Schluss auf; auch ganz ohne ideologisches Gebet, sondern einfach nur deshalb, weil der Kanton Zürich gut aufgestellt ist und es mit unseren Massnahmen bleiben wird.
... *(Die Redezeit ist abgelaufen.)*

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Oberstes Prinzip der Finanzpolitik in einer Krise muss es sein, dem Staat ausreichend Handlungsspielraum zu erhalten, damit er die Aufgaben, welche zum Beispiel die Pandemie ihm abverlangt, erfüllen und finanziell meistern kann. Darum haben wir gegenwärtig beim Kanton weder Spielraum für markante Mehrausgaben – das hat man den Anträgen der Grünen

angemerkt –, noch können wir auf Einnahmen verzichten. Doch die neue bürgerliche Steuerallianz mit der GLP an ihrer Spitze hat dieses Prinzip mit Füßen getreten; als hätte es nie eine Pandemie gegeben, als wären für die nächsten Jahre keine massiven Defizite zu erwarten, als hätten wir keine Sondereffekte durch die Gewinnausschüttung von ZKB und SNB, als gäbe es nicht den Investitionsstau der vergangenen Legislatur zu korrigieren. Trotz all dem senkt man die Steuern und damit die Einnahmen. Warum? Sie senken die Steuern, um sagen zu können «Wir haben die Steuern gesenkt» und weil dies die letzte Gelegenheit ist vor den nächsten Wahlen. Das ist die Logik der Steuerfussfetischisten. Deshalb verzichtet man jetzt mir nichts, dir nichts auf Einnahmen von rund 70 Millionen Franken, obwohl wir im kommenden Jahr auf ein Defizit von 300 Millionen Franken zu gehen und im Jahr darauf sogar auf ein Defizit in der Erfolgsrechnung von einer halben Milliarde. Im mittelfristigen Ausgleich schlägt die Steuersenkung über die nächsten vier Jahre mit einer weiteren Verschlechterung von mindestens einer Viertelmilliarde zu Buche. Das ist unverantwortlich und es ist auch politisch fahrlässig. FDP, GLP und Mitte haben so den Steuerfrieden zwischen Links und Rechts gebrochen, der in diesem Rat fast zwei Jahrzehnte lang gegolten hatte. Ich kann Ihnen sagen, wir sehen keinen Anlass mehr, uns daran zu halten. In Zukunft sind Steuerfusserhöhungen für uns kein Tabu mehr, wenn es die Situation erfordert.

Aber was hat die Bevölkerung von dieser Steuersenkung? Die wichtigste Zahl in dieser Debatte, ich wiederhole es nochmals, ist die Zahl 14. Denn aus genau 14 Franken besteht das Steuergeschenke, dass jemand durchschnittlich Verdienender bekommt. Ist das jetzt ein Standortvorteil? Das reicht nicht mal für eine halbe Pizza. Der Profit dieser Steuersenkung ist bloss ein symbolischer; ein symbolischer, in erster Linie für die GLP, die sich damit ihr Nest tief im bürgerlichen Lager gebaut hat. Dies übrigens auch mit einer Bildungspolitik, die sich hauptsächlich dem schlanken Staat verschrieben hat. Das «G» stellt also immer mehr für «gewöhnlich», GLP, die gewöhnlich liberale Partei. Da können Sie noch lange von homöopathischen Dosen in der Steuerpolitik reden. Wir Grünen rechnen ohnehin nicht mit Globuli, sondern in Franken. Und wir schauen auch nicht in die Kristallkugel, wie das etwa bei der KEF-Erklärung Nummer 14 geschehen ist, wo neue Steuereinnahmen prognostiziert werden aufgrund von Kinderbetreuungs-Vorstössen, deren Beratung in der Kommission noch nicht einmal begonnen hat. In KEF-Erklärungen 18 und 19 sagt die GLP sogar das Ende der Pandemie und die Senkung des entsprechenden Aufwands voraus, und SVP und FDP folgen interessanterweise auf Schritt und Tritt. Dabei ist das reine Budgetkosmetik oder Wolkenschieberei, wie das der geschätzte Altkantonsrat Röbi Brunner (*Robert Brunner*) jeweils gesagt hat, warme Luft, von der wir jetzt alle wissen, dass sie der geschätzte Finanzdirektor übrigens nicht gerne im Nacken spürt.

Einzig grüner Lichtblick in dieser Debatte sind die 450'000 Franken für eine neue Fachstelle Klimaschutz am AWEL (*Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft*) und die Aufstockung der Einlagen in den Natur- und Heimatschutzfonds. Beides, Klimaschutz sowie Natur- und Artenschutz, wird aber in Zukunft noch viel bedeutender und wichtiger. Die wahren Kosten, die durch den Klimawandel auf uns

zukommen, sind in diesem Budget nicht nur viel zu wenig berücksichtigt. Mit der Steuersenkung arbeitet die bürgerliche Ratsmehrheit, inklusive GLP, gerade in die entgegengesetzte und falsche Richtung. Ein Budget aber, das sowohl die Kosten der gegenwärtigen Corona-Krise als auch die bevorstehenden massiven Kosten der Klimakrise weitestgehend missachtet, mit dem einzigen Ziel, am Steuerfuss zu schrauben, da machen wir nicht mit. Wie die SVP im letzten Jahr, geschätzter Kollege Hübscher, lehnen die Grünen dieses Jahr das Budget ab.

Yvonne Bürgin (Die Mitte, Rüti): Wir haben tatsächlich einen neuen Rekord geschaffen, und zwar diesmal mit der kürzesten Budgetdebatte des Kantonsrates seit, ich würde sagen, mindestens seit Esther Guyer (*Ratsvizepräsidentin*) dabei ist. Und wir haben nach 18 Jahren wieder einmal eine kleine, aber feine Steuersenkung. Die Mitte-Fraktion hat sich das gut überlegt. Wir hätten zwar von den Gemeinden Steuersenkungen erwartet wegen den grossen Lastverschiebungen, die vom Kanton zu den Gemeinden, stattgefunden haben. Das ist aber nur teilweise geschehen. Und die grossen Investitionen, welche auf den Kanton zukommen, dürfen selbstverständlich nicht unterschätzt werden. Aber die Finanzzahlen sprechen eine deutliche Sprache. Der Rechnungsabschluss 2021 und auch die Abschlüsse davor sind viel besser als budgetiert, das heisst, es ist Luft vorhanden. Zusätzlich ist eine ausserordentlich grosse Ausschüttung der Nationalbank geflossen und diese darf nicht dazu führen, dass der Kanton gleich alles wieder mit beiden Händen ausgibt, auch wenn die Linken und die Grünen dies gerne hätten.

Für die Mitte-Fraktion gilt seit Jahren das gleiche Ziel: Einnahmen und Ausgaben müssen im Einklang sein. Und ein haushälterischer Umgang mit Steuergeldern muss immer auf der Tagesordnung der Regierung und der Verwaltung stehen. Mit der Pauschalkürzung und der 1-prozentigen Steuersenkung werden die Vorgaben der Mitte umgesetzt, man mag sie homöopathisch nennen oder nicht. Aber fragen Sie zur Homöopathie lieber unseren Arzt (*Josef Widler*) oder Apotheker (*Lorenz Schmid*), in der Mitte-Fraktion haben jedenfalls beide eine wichtige Stimme.

Noch eine Replik an Herrn Amrein zu seinem Votum von gestern: Ich bin Fraktionspräsidentin der Mitte, nicht mehr der CVP. Und wir stehen für Verantwortung, selbstverständlich auch in der Finanzpolitik. Wir müssen jedoch das grosse Ganze im Auge behalten und nicht Mikromanagement betreiben. Eine Pauschalkürzung gibt einen deutlichen Auftrag: Das stetige Ausgabenwachstum muss gedämpft werden. Und liebe Linke und Grüne, wir haben uns keineswegs abgekehrt von einem seriösen Budgetprozess, genau das Gegenteil ist der Fall: SVP, FDP, GLP und die Mitte haben der Regierung den Rücken gestärkt für ihre umsichtige Finanzpolitik.

Warum das Fordern von Mehrausgaben die seriösere Budget-Arbeit sein soll, erschliesst sich mir nicht. Schliesslich muss man den Franken zuerst verdienen, bevor man ihn ausgeben kann. Wenn wir sparen wollen, dann sollten wir weniger bestellen. Die grössten Hebel liegen nämlich beim Legiferieren, wie uns der Präsident der FIKO sehr deutlich gesagt hat. Finanzpolitik muss das ganze Jahr betrieben werden, nicht nur im Dezember.

Noch an die Adresse der EVP: Auch wenn die Finanzkommission für euch eine Blackbox ist, Schwarzmalen ist fehl am Platz. Die Mitte-Fraktion ist froh über die gesunden Finanzen des Kantons. Ebenso sind wir erfreut, dass unser Kompromiss-Antrag den Ausschlag zu dieser kurzen Budgetdebatte gegeben hat. Wir leisten damit einen Beitrag zur Aufwandminderung von 200'000 Franken Sitzungsgeld.

Etwas Wehmut bleibt: So erfreulich der Schulterschluss mit SVP, FDP und GLP für die Steuersenkung ist, umso enttäuschter ist die Mitte über die Kürzungsforderungen derselben Parteien in der Bildung. Es ist eine Zahlenschieberei, welche uns über kurz oder lang wieder einholen wird. «Denn es gibt nur eines, was auf die Dauer teurer ist als Bildung: keine Bildung», eines meiner Lieblingszitate von John F. Kennedy (*US-amerikanischer Präsident*).

Ich komme zum Schluss: Das Budget abzulehnen ist ein Affront, ein Affront gegenüber der ausgezeichneten Arbeit der Regierung, der Verwaltung, gegenüber den Zürcherinnen und Zürchern und den KMU und den Unternehmen. Die Mitte stimmt dem Budget 2022 zu. Ich wünsche Ihnen allen frohe Festtage. Und denken Sie bei Ihren Weihnachtseinkäufen daran: Nicht mehr ausgeben, als Sie eingenommen haben, denn Sie können nicht einfach die Steuern erhöhen.

Markus Schaaf (EVP, Zell): Unser früherer Kantonsrat Peter Ritschard sagte jeweils am Ende der Budgetdebatte: «Die EVP ist der Meinung, lieber ein schlechtes Budget als gar keines.» Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen und in diesem Sinn wird die EVP dem Budget zustimmen. Und damit sind wir am Schluss der diesjährigen Budgetdebatte. Die Gewinner und Verlierer stehen fest. Verlierer sind in diesem Jahr ganz sicher die Sachkommissionen und die Mitarbeitenden der Verwaltung, welche alle Fragen der Kommissionen seriös abgeklärt und beantwortet haben. Und am Schluss müssen sie erkennen: Eigentlich spielte alles keine Rolle. Am Schluss entscheidet die Mehrheit der FIKO und beschliesst, wohin die Reise geht. Verlierer sind die Menschen mit durchschnittlichen oder unterdurchschnittlichen Einkommen. Sie werden dereinst die Zeche bezahlen, wenn dem Staat das Geld fehlt, welches jetzt für die Steuersenkungen weggespart wurde. Und wer sind die Gewinner? Gewinner sind wahrscheinlich die Reichsten in unserem Kanton. Sie dürfen sich wenigstens für die nächsten zwei Jahre über einen kleinen Steuerrabatt freuen.

Doch es gibt noch andere Gewinner, und denen mag ich es von Herzen gönnen. Der Regierungsrat hat beschlossen, seinen Mitarbeitenden einen Teuerungsausgleich und eine Lohnanpassung von total 1,5 Prozent zu gewähren. Als Präsident des Verbands der Kantonspolizei freue ich mich vor allem für die Polizistinnen und Polizisten, aber auch für alle Mitarbeitenden der Verwaltung und der einzelnen Ämter beim Kanton. Sie alle haben in den vergangenen zwei Jahren Besonderes und Ausserordentliches geleistet und geholfen, dass wir durch diese Pandemie so gut wie bisher gekommen sind. Es ist deshalb mehr als angebracht, ihnen hier auch eine Lohnanpassung zu gewähren. Und ich bin dankbar, dass alle Fraktionen diesen Entscheid des Regierungsrates mittragen.

Dann; wenn wir noch bei den Gewinnern sind: Statistisch gesehen hat unsere Fraktion 32 Abstimmungen gewonnen und 16 verloren, vor allem dank Hans-Peter Amrein. Ich danke allen, die dazu beigetragen haben, dass die Budgetdebatte kurzgehalten werden konnte. Vielleicht schaffen wir es ja, das nächste Mal in gleicher Weise kurz und effizient zu sein, ohne sinnlosen Kürzungsantrag beim Reptilienfonds.

Ein Dank geht an alle Mitarbeitende, die diese Budgetdebatte überhaupt ermöglicht haben. Es sind unzählige, die im Vorder- und Hintergrund gewirkt und uns hier die Debatte überhaupt ermöglicht haben. Sie haben Grossartiges geleistet. Vielen Dank, ihr habt das super gemacht. Namentlich möchte ich hier aber unserer Hygieneexpertin Fatmir danken. Sie sorgt jeweils nach unseren Reden (*durch die Reinigung der beiden Rednerpulte*) dafür, dass wir wieder einen reinen Tisch haben.

Und nun bleibt es an mir, Ihnen allen im Namen der EVP frohe Weihnachtstage zu wünschen, die nötige Ruhe und Erholung zu finden. Ich wünsche Ihnen weiterhin gute Gesundheit und Gottes Segen für das neue Jahr 2022.

Markus Bischoff (AL, Zürich): Es war ja wieder eine verkehrte Welt, die wir hier in dieser Budgetdebatte gehört haben. Der Finanzdirektor, welcher der grössten Partei hier drin angehört, hat das Budget verteidigt. Er hat ein Personalwachstum verteidigt und hat das auch begründet, wieso das Personal um 1100 Stellen wachsen muss. Und er hat vor allem auch gesagt, er sei eigentlich jede Woche einmal in Bern und kämpfe um die Anerkennung der Zentrumslasten, die der Kanton Zürich zu tragen habe. Sie müssen sich das mal vor Ohren führen: Es gibt eine Partei hier drin, die führt einen Stadt-Land-Kampf und möchte das Land gegen die Stadt aufhetzen. Zürich gilt im Rest der Schweiz immer noch als arrogant. Ich bin in einer Gegend aufgewachsen, wo man vor den Zürchern einerseits Angst hatte, sie aber auch als frech und arrogant anschaute, wo man jede Gelegenheit ausnützte, den Zürchern eins auszuwischen. Ich glaube, genau diese Politik führt eben zu höheren Kosten. Wenn Sie diesen Stadt-Land-Gegensatz weiter aufhetzen, dann kommt der Kanton Zürich nie zu Geld in Bern. Wir schicken weiterhin brav 425 Millionen Franken in den nationalen Finanzausgleich, aber vielleicht sollten Sie einmal ein bisschen studieren, wie man zu Geld kommt, und nicht immer nur einfach Steuern senken; das wäre vielleicht auch noch eine gute Idee.

Das andere, was aufgefallen ist, ist die FDP, die ja ganz stolz sagt: Wir sind gegen diese hohe Staatsquote, wir sind für Deregulierung. Ich muss Sie einfach – diese Platte ist vielleicht auch alt –, aber ich muss Sie daran erinnern, liebe FDP: Sie sind seit 1848 in diesem Kanton an der Regierung und seit 1848 sind Sie auch im Bund in der Regierung. Ich begreife, dass man nach 173 Jahren mal gewisse Sachen vergisst, das ist so, aber Sie sind die staatstragende Partei. Und wenn Sie das bis jetzt nicht erreicht haben, dass die Staatsquote tief ist, und der Staat überreguliert ist, dann haben Sie entweder geschlafen oder etwas falsch gemacht in den letzten 173 Jahren. Und dann ist mir auch aufgefallen, dass Sie sogar einer KEF-Erklärung gegen den Lehrmittelverlag zugestimmt haben. Also der Lehrmittelverlag wirft Geld ab und Sie haben zugestimmt, dass der Lehrmittelverlag dem

Staat weniger Geld abliefern kann, also eine marktwirtschaftliche Absurdität. Aber das gehört halt zu diesen komischen Geschichten in dieser Budgetdebatte. Ich denke auch, dass die Bildung langsam das Kampffeld wird in dieser Budgetdebatte. Bis anhin hatte ja immer Jacqueline Fehr (*Regierungspräsidentin*) den schwarzen Peter und wurde attackiert, jetzt ist der bei Silvia Steiner, die unter Dauerbeschuss ist. Vielleicht winken da auch schon die nächsten Wahlen vom Februar 2023. Sie ist ja – zumindest ihre Partei (*Die Mitte*) – das schwächste Glied in dieser bürgerlichen Allianz bei den nächsten Wahlen, und vielleicht bringen sich da ein paar Parteien schon in Stellung. Es fällt einfach auf, das muss ich sagen.

Dann noch etwas zu unseren Anträgen. Wir haben versucht, mit unseren drei Anträgen zu zeigen, dass man 63 Millionen Franken, wenn man die hier anscheinend zu viel hat, auch gescheiter ausgeben kann, als allen 14 Franken zu verteilen, dass es in diesem Kanton Leute gibt, die unter die Räder gekommen sind oder die jetzt einen besonderen Effort geleistet haben wegen dieser Pandemie, und wir haben nicht viel Gehör gefunden. Man kann sagen, die Etikette hätten wir nicht eingehalten. Aber ich stelle schon einfach fest und es ist bemerkenswert, dass man mit solchen Anliegen hier drin sehr, sehr zurückhaltend umgeht. In der Stadt Zürich bekommen die Angestellten, die Pflegenden, bereits zum zweiten Mal einen Corona-Bonus. Hier kann man kaum das Wort dazu ergreifen, es nimmt das niemand auf. Das ist betrüblich, aber anscheinend ist sich hier jeder der Nächste, vor allem bezüglich den Steuern, auch wenn das nicht in der Bibel steht. Das ist die Stimmung hier.

Nun zum Schluss: An und für sich ist das Budget ja sehr langweilig, es ist nicht spektakulär. Das Einzige, was uns stört, wirklich stört, ist natürlich diese Steuerfussenkung. Es ist nicht besonders mutig, wenn wir jetzt das Budget auch ablehnen, aber wir möchten doch diese Steuerfussenkung nicht mittragen, ein Budget mit dieser Steuerfussenkung, weil wir finden: Bei 300 Millionen Franken Defizit kann man nicht den Leuten, den Gutverdienenden, Geld verteilen. Das geht nun einfach nicht, das ist keine Finanzpolitik. In diesem Sinne werden wir das Budget ablehnen.

Ratspräsident Benno Scherrer: Damit ist die Elefantenrunde beendet. Ich danke den Fraktionspräsidentinnen und -präsidenten für ihre gehaltvollen Worte und Ihnen allen für die konzisen Beiträge in der kurzen Budgetdebatte. Wir kommen nun zur Schlussabstimmung über das Budget 2022.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 109 : 58 Stimmen (bei 1 Enthaltung), dem Budget des Kantons Zürich für das Jahr 2022 gemäss geänderter Ziff. 1 des Dispositiv 5742b mit einem Aufwandüberschuss von 63,6 Millionen Franken in der Erfolgsrechnung und mit Investitionsausgaben von 1308,6 Millionen Franken in der Investitionsrechnung zuzustimmen.

Kenntnisnahme des KEF 2022 bis 2025

Ratspräsident Benno Scherrer: Sie haben den konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan 2022 bis 2025 zur Kenntnis genommen.

Von den ursprünglich 34 KEF-Erklärungen haben wir 14 überwiesen, nämlich die Nummern 11, 14, 18, 19, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 28, 29, 31 und 32. Nicht überwiesen wurden 16 KEF-Erklärungen, vier wurden zurückgezogen.

Von den fünf Finanzmotionen haben wir alle überwiesen.

Das Geschäft ist erledigt.

Regierungsrat Ernst Stocker: Das Budget 2022 ist unter Dach und Fach und ich bin trotz den Auseinandersetzungen zwischen rechts und links dankbar, dass wir ein solches Budget haben, dass wir in einer Zeit – man redet von Jahrhundertkrise –, in der wir doch sehr gefordert sind, es uns leisten können, ein gutes, solides Budget zu haben; dafür muss man dankbar sein. Und in diesem Sinne glaube ich, dass man mit diesem Budget auch die staatlichen Aufgaben wahrnehmen kann, dass wir alle Verpflichtungen, die wir haben, umsetzen können. Im Namen des Regierungsrates möchte ich Ihnen danken für diese gute, straffe Budgetdebatte. Und ich darf Ihnen auch im Namen der Regierungsräsidentin und des gesamten Regierungsrates schöne Festtage wünschen. Ihnen und Ihren Angehörigen wünsche ich etwas Ruhe, etwas Musse in dieser schnelllebigen und auch sonst herausfordernden Zeit. Besten Dank. En guete Rutsch! Mached's guet und bliibed gsund! Danke (*Applaus*).

Ratspräsident Benno Scherrer: Nun komme ich wirklich zum Schluss der Sitzung. Nehmen Sie sich auf den Heimweg noch ein Dessert oder eine Verpflegung mit, Sie haben es sich verdient. Wir sehen uns im neuen Jahr wieder. Geniessen Sie die Festtage. En guete Rutsch und vor allem: Bliibed gsund! Uf Wiederluge mitenand.